

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 27. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 28. Juni 2007

1. Abgeordnete
Peter Wilhelm Dröscher
und Marianne Grosse
(SPD)

Reform der Pflegeversicherung

Am 18. Juni 2007 hat sich der Koalitionsausschuss auf die Kernpunkte der anstehenden Reform der Pflegeversicherung geeinigt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung aus rheinland-pfälzischer Sicht die Leistungsausweitung in der Pflegeversicherung, vor allem hinsichtlich der ambulanten Versorgungsstrukturen und der Einbeziehung von Menschen mit eingeschränkter Alltagskompetenz, insbesondere demenzkranker Menschen?
2. Wie wird die Einrichtung der wohnortnahen integrierten Pflegedienstleistungszentren, der so genannten Pflegestützpunkte, für Rheinland-Pfalz umgesetzt?
3. Welche Funktionen werden dabei die rheinland-pfälzischen Beratungs- und Koordinierungsstellen (BeKos) für Rat und Hilfe suchende pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen haben?
4. Welche weiteren Schritte bei der Reform der Pflegeversicherung, gerade auch hinsichtlich der zukünftigen Finanzierung, sind aus Sicht der Landesregierung notwendig?

2. Abgeordneter
Michael Billen (CDU)

Ausbau der Bahnverbindung Trier – Luxemburg

Ich frage die Landesregierung:

1. Mit welchen Ausbaumaßnahmen und in welchem Kostenrahmen soll nach Auffassung der Landesregierung die Bahnverbindung zwischen Trier und Luxemburg verbessert werden?
2. Welche Ergebnisse wurden beim jüngsten Gespräch der Verkehrsminister von Rheinland-Pfalz und Luxemburg in dieser Sache erzielt?
3. Welche Forderungen wird die Landesregierung beim angekündigten Gespräch in Trier an den Bundesverkehrsminister richten?
4. Welche Art und Häufigkeit von Zugverbindungen auf einer ausgebauten Strecke nach Luxemburg hält die Landesregierung für notwendig und tragfähig?

**3. Abgeordnete
Nicole Morsblech (FDP)**

Freiwilliges soziales Jahr (FSJ) an rheinland-pfälzischen Ganztagschulen

Wie die Landesregierung am 31. Mai 2007 durch die Ministerinnen Doris Ahnen und Malu Dreyer angekündigt hat, sollen mit Beginn des Schuljahres 2007/2008 an den 403 Ganztagschulen in Angebotsform ebenso wie an den 78 Ganztagschulen Jugendliche ihr freiwilliges soziales Jahr ableisten dürfen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen schulischen Abschluss und welche eventuellen sonstigen fachlichen Voraussetzungen müssen Jugendliche vorweisen, wenn sie ein freiwilliges soziales Jahr an einer rheinland-pfälzischen Ganztagschule ableisten wollen?
2. Durch welche sonstigen Maßnahmen wird die Eignung interessierter Jugendlicher sichergestellt?
3. Welche Arbeiten sollen von den das FSJ ableistenden Jugendlichen übernommen werden können?
4. Inwiefern werden diese Arbeiten pädagogisch begleitet und abgesichert?

**4. Abgeordneter
Dr. Thomas Gebhart
(CDU)**

Landesweite Kritik am Vorgehen der Landesregierung bei der Ausweisung von Vogelschutzgebieten in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum hat die Landesregierung die kommunalen Körperschaften und die örtlichen Flächeneigentümer nicht von vornherein an der Suche nachzumeldender Vogelschutzgebiete beteiligt, sondern im Nachhinein und zudem sehr kurzfristig eine festgelegte Suchkulisse präsentiert, wo doch ein frühes gemeinsames Vorgehen die Chance geboten hätte, Konfliktpotenzial zu vermeiden und den Zuschnitt der Vogelschutzgebiete an den örtlichen Gegebenheiten zu orientieren?
2. Wie rechtfertigt die Landesregierung die weit reichende Einbeziehung von Flächen landwirtschaftlicher und weinbaulicher Nutzung und kommunaler Flächen mit wirtschaftlichem Einwicklungspotenzial und struktureller Entwicklungsbedeutung?
3. Wie soll das weitere Vorgehen gestaltet sein um sicherzustellen, dass die Belange der Flächeneigentümer im Einklang mit den Anforderungen des Vogelschutzes zur Geltung kommen?

**5. Abgeordnete
Hannelore Klamm (SPD)**

Öffnung des deutschen Briefmarktes und mögliche Auswirkungen auf Beschäftigte und Postversorgung

Die Exklusivlizenz der Deutschen Post AG für die Zustellung von Briefen bis 50 Gramm wird ohne entsprechende Verlängerung zum 31. Dezember 2007 auslaufen. Die Öffnung des europäischen Briefmarktes, die ursprünglich zum 1. Januar 2009 geplant war, soll voraussichtlich erst zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung Befürchtungen, dass es durch einseitige Öffnung des deutschen Briefmarktes zu europäischen Wettbewerbsverzerrungen kommt?
2. Welche Auswirkungen könnten derartige Wettbewerbsverzerrungen möglicherweise auf Postversorgung und Beschäftigte in Rheinland-Pfalz haben?
3. Wie beurteilt die Landesregierung vor diesem Hintergrund Äußerungen von Ministerin Christa Thoben aus Nordrhein-Westfalen vom 11. Juni 2006, die sich, wie zuvor die SPD, gegen einen deutschen Alleingang bei der Liberalisierung des Briefmarktes ausgesprochen hat?

6. Abgeordneter

Hans-Josef Bracht (CDU)

Verwendung der Mittel zur Minderung des Bahnlärms

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der Landesregierung bekannt, dass die Deutsche Bahn AG die vom Bund für dieses Jahr bereitgestellten Mittel für Maßnahmen zum passiven Schutz gegen Bahnlärm nicht in vollem Umfang in Investitionen umsetzen kann?
2. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass die schnelle Umrüstung von Güterwagons auf die sog. „Flüsterbremse“ eine schnelle Minderung des Bahnlärms bewirken wird?
3. Tritt die Landesregierung dafür ein, dass die für passive Maßnahmen des Lärmschutzes in diesem Jahr nicht mehr umsetzbaren Mittel des Bundes auch zur Ausrüstung der Wagons mit „Flüsterbremsen“ eingesetzt werden sollten?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Ausrüstung der Güterwagons mit „Flüsterbremsen“ oder maximale Lärmemissionen in der Europäischen Union verbindlich vorzuschreiben und dafür ein europäisches Förderprogramm aufzulegen?

7. Abgeordneter

Günter Eymael (FDP)

Forderungen des luxemburgischen Verkehrsministers nach einer schnellen Entscheidung hinsichtlich des Ausbaus der Bahnverbindung zwischen Wasserbillig – Trier – Koblenz

Der luxemburgische Verkehrsminister Lucien Lux hat in einem Interview mit dem Trierischen Volksfreund am 12. Juni 2007 das Interesse seines Landes an einer schnellen Entscheidung hinsichtlich des Ausbaus der Bahnverbindung zwischen Luxemburg und Koblenz unterstrichen. Hierin bemängelte er vor allem, dass zwischen „Berlin und Mainz“ noch keine politische Einigung hinsichtlich der Modernisierung der Bahnstrecke Wasserbillig – Trier – Koblenz stattgefunden habe. Als alternative Strecke für den Bahnanschluss des Großherzogtums in Richtung Osten brachte Lux des Weiteren eine Anbindung über Merzig nach Saarbrücken ins Spiel.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. In welchen Punkten gibt es noch keine definitive Einigung zwischen der rheinland-pfälzischen Landesregierung und dem Bundesverkehrsministerium im Hinblick auf die Modernisierung der Strecke Wasserbillig – Trier – Koblenz?
2. Wann soll nach den Vorstellungen der Landesregierung mit dem zweigleisigen Ausbau der Moselstrecke zwischen Igel und Konz begonnen werden?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Überlegungen des luxemburgischen Verkehrsministers sowie des saarländischen Verkehrsministers im Hinblick auf eine Bahnverbindung Luxemburg – Merzig – Saarbrücken als Ersatz für die nicht schnell genug verwirklichtbare moderne Anbindung an Trier/Koblenz?
4. Welche Ergebnisse hat das Gespräch von Verkehrsminister Hering mit seinem luxemburgischen Amtskollegen Lux am 25. Juni d. J. gebracht und welche Erwartungen setzt die Landesregierung in das geplante „Gipfeltreffen“ am 13. Juli 2007?

8. Abgeordnete
Clemens Hoch,
Günther Ramsauer und
Jutta Steinruck (SPD)

Haus des Jugendrechts in Ludwigshafen

Am 1. September 2005 wurde das „JuReLu – Ludwigshafener Haus des Jugendrechts“ als Modellprojekt für das gesamte Land Rheinland-Pfalz eröffnet. Die kooperative Zusammenarbeit der Polizeidirektion Ludwigshafen, der Staatsanwaltschaft Frankenthal, des Stadtjugendamts Ludwigshafen und des pfälzischen Vereins für Straffälligenhilfe ermöglicht die Optimierung der Verfahrensabläufe, wodurch schneller und nachhaltiger auf straffällig gewordene Jugendliche eingewirkt werden kann. Auch in Mainz wird es Medienberichten zufolge schon bald ein Haus des Jugendrechts geben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Ergebnisse lassen sich seit der Gründung des Hauses des Jugendrechts in Ludwigshafen in der Optimierung der Verfahrensabläufe und in der Bekämpfung der Jugendkriminalität verzeichnen?
2. Welche Perspektiven können für die Einrichtung vergleichbarer Häuser in Rheinland-Pfalz gegeben werden?
3. Welche Ansätze gibt es in anderen Bundesländern für ein koordiniertes Zusammenwirken im präventiven wie repressiven Bereich?
4. Hat das rheinland-pfälzische Modellprojekt Nachahmer in anderen Bundesländern gefunden?

9. Abgeordnete
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)

Äußerungen des Innenministers zum Neonazi-Überfall am Mainzer Südbahnhof

In der 25. Sitzung des Landtags am 24. Mai 2007 hat der Innenminister zum Neonazi-Überfall am Mainzer Südbahnhof ausgeführt, es habe eine Lagebeurteilung der Bundespolizei gegeben, die dazu geführt habe, dass ab dem Bahnhof in Mainz keine weitere Begleitung des Zuges stattgefunden habe. Dies sei eine Fehleinschätzung des Kollegen der Bundespolizei gewesen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass das Bundesinnenministerium auf Nachfrage des Bundestagsabgeordneten Ralf Göbel schriftlich Stellung zu den Äußerungen von Innenminister Karl Peter Bruch in der Plenardebatte vom 24. Mai 2007 genommen hat und dabei darauf hingewiesen hat, dass sich Minister Bruch zu diesem Sachverhalt gegenüber der Presse sowie dem Landtag „ohne vorhergehende – gebotene – Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern“ geäußert habe?
2. Teilt die Landesregierung die in dieser Stellungnahme mitgeteilte Auffassung des Bundesinnenministeriums, dass die Tötlichkeiten für die Bundespolizei nicht vorhersehbar gewesen seien und dass es daher keine Fehleinschätzung der Bundespolizei gewesen sei, den entsprechenden Zug nicht zu begleiten?
3. Wie bewertet die Landesregierung den Umstand, dass das Bundesinnenministerium den Vorgang insgesamt als „in dieser Form ungewöhnlich“ bezeichnet hat?
4. Hält der Innenminister vor diesem Hintergrund weiterhin an seinen in der Plenardebatte am 24. Mai 2007 getätigten Aussagen fest?

10. Abgeordnete**Dorothea Schäfer und
Gerd Schreiner (CDU)****Wiedereinführung des Titels „Privatdozent“ in Rheinland-Pfalz**

Mit der Hochschulgesetznovelle im Jahre 2003 wurde der Titel des Privatdozenten abgeschafft. Zudem kann nach einer mindestens sechsjährigen Lehrtätigkeit eine außerplanmäßige Professur beantragt werden. In anderen Bundesländern ist die zur Beantragung einer außerplanmäßigen Professur notwendige Zeitdauer der vorzuweisenden Lehrtätigkeit deutlich geringer.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung den Titel „Privatdozent“ im Jahre 2003 abgeschafft?
2. Welche Auswirkungen hat die Abschaffung des Titels des „Privatdozenten“ auf den Wettbewerb um jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vor dem Hintergrund, dass Rheinland-Pfalz als einziges Bundesland diesen Titel abgeschafft hat?
3. Wie bewertet die Landesregierung Forderungen, die notwendige Lehrtätigkeit bis zur außerplanmäßigen Professur auf zwei Jahre zu verkürzen?

11. Abgeordnete**Friederike Ebli, Margit
Mohr und Manfred Nink
(SPD)****Verbesserung der Parkplatzsituation auf Autobahnrastplätzen**

Autobahnrastplätze sind in unterschiedlichem Ausmaß besonders am Abend und in der Nacht bundesweit überfüllt. In Rheinland-Pfalz gibt es bereits ein Pilotprojekt für die Tank- und Rastanlage Montabaur an der A 3, um Parkplätze besser der Verkehrsentwicklung anzupassen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Parkplatzsituation auf Autobahnrastplätzen im Hinblick auf Lkw und Pkw bzw. für die Fahrerinnen und Fahrer?
2. Welche Faktoren tragen nach Einschätzung der Landesregierung in besonderer Weise zu einer Parkplatzknappheit auf Autobahnrastplätzen bei?
3. Wie beurteilt die Landesregierung das Pilotprojekt für die Tank- und Rastanlage Montabaur an der A 3 zur Verbesserung der Parkplatzsituation?
4. Wie könnte nach Einschätzung der Landesregierung die Parkplatzsituation auf Autobahnrastplätzen insgesamt verbessert werden?

12. Abgeordneter**Matthias Lammert (CDU)****Polizeieinsatz im Rahmen des G-8-Gipfels**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung heute die Äußerungen des Innenministers im Vorfeld des G-8-Gipfels zu den getroffenen Sicherheitsmaßnahmen?
2. Welche Alternativen wären nach Auffassung der Landesregierung möglich und umsetzbar gewesen, um in gleicher Weise möglichen Bedrohungen und gewalttätigen Störungen zu begegnen?
3. Welche Ausgleichsmaßnahmen hinsichtlich der Vergütung und der Regeneration sind in den anderen am G-8-Einsatz beteiligten Bundesländern erfolgt?
4. Wie bewertet die Landesregierung die aus rheinland-pfälzischen Polizeireihen geäußerte Kritik, z. B. dass ausreichende Vorkontrollen von gewaltbereiten Demonstranten unterblieben seien, es von der Einsatzleitung keine Freigabe für die Aussonderung von Radikalen gegeben habe und am offiziellen Demonstrationsweg „ein unerschöpflicher Vorrat an Wurfgeschossen“ bereitgelegt habe?

**13. Abgeordnete
Petra Elsner (SPD)****Bekämpfung von Preissmissbrauch im Bereich der Energieversorgung und des Lebensmittelhandels – Vorteile für Verbraucherinnen, Verbraucher und Landwirtschaft**

Der Bundesrat hat am 8. Juni 2007 zum Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Preissmissbrauch im Bereich der Energieversorgung und des Lebensmittelhandels Stellung genommen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Regelungen beinhaltet der Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Preissmissbrauch im Bereich der Energieversorgung und des Lebensmittelhandels im Einzelnen?
2. Welche Vorteile sieht die Landesregierung hierbei für die Verbraucherinnen und Verbraucher?
3. Teilt die Landesregierung Forderungen aus Landwirtschaft und Politik, dass landwirtschaftliche Produkte, insbesondere Milch, nicht unter Einstandspreis verkauft werden sollten?

**14. Abgeordnete
Martin Haller und
David Langner (SPD)****Qualität der Badegewässer in Rheinland-Pfalz**

In den kommenden Sommerferien werden an den heißen Tagen wieder viele Menschen in den rheinland-pfälzischen Badegewässern nach Abkühlung suchen. Auch in diesem Jahr werden die Badegewässer in Rheinland-Pfalz nach Angaben der Landesregierung von den Behörden auf ihre Wasserqualität hin untersucht. Dabei stehen Untersuchungen zur hygienischen und ökologischen Qualität der Badegewässer an erster Stelle.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Nach welchen Richtlinien und Kriterien richten sich die behördlichen Untersuchungen der Badegewässer?
2. Wie sehen die ersten Untersuchungsergebnisse für beliebte Badegewässer in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr aus?
3. Wie können nach Ansicht der Landesregierung die Badegäste dazu beitragen, dass das Gleichgewicht der Badegewässer in ihrer Bedeutung als Ort für Spiel und Spaß einerseits und als Lebensraum für Pflanzen und Tiere andererseits erhalten bleibt?

**15. Abgeordnete
Matthias Lammert und
Marlies Kohnle-Gros
(CDU)****Bezahlung von Überstunden im Bereich des Polizeipräsidiums Westpfalz**

Das Polizeipräsidium Westpfalz hat seinen Beamten Ende März 2007 mitgeteilt, dass kein Geld mehr für die Bezahlung von Überstunden zur Verfügung steht.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Ist es zutreffend, dass im Bereich des Polizeipräsidiums Westpfalz das zur Verfügung stehende Budget für die Bezahlung von Mehrarbeitsstunden, die vor mindesten zwölf Monaten geleistet wurden, für dieses Jahr ausgeschöpft ist?
2. Wie hoch ist der Überstundenberg in den anderen Polizeipräsidien?
3. Wie hoch ist die Zahl an Überstunden, die aus den Polizeieinsätzen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 und dem G-8-Gipfel in Heiligendamm hinzukommt?
4. Wie soll der Abbau dieser Überstunden bewältigt werden?